

Calmer Tagblatt

Nr. 60.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 1.20
Reklamen Nr. 3.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 13. März 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Erlegerlohn Nr. 24.— vierteljährlich. Postbezugspreis Nr. 24.— mit Postgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Im Landtag beantwortete am Samstag der Staatspräsident in seiner Eigenschaft als Kultminister die kleine Anfrage der Bürgerpartei wegen des Herrenberger Falls. Der Kultminister bezeichnete das Verhalten des Schulvorstands, der aus pazifistischen Beweggründen heraus Bilder von großen Männern aus den Befreiungskriegen entfernt hatte, als einen schweren Mißgriff.

Die Finanzministerkonferenz der Alliierten in Paris, die zum Zweite hatte, die von Deutschland geforderten Zahlungen unter die Ententestaaten zu verteilen, und gleichzeitig über die Möglichkeit einer Flüssigmachung dieser Schuldforderungen zu beraten, hatte beschlossen, Deutschland eine internationale Anleihe zu gestatten, selbstverständlich unter scharfer Kontrolle der gesamten deutschen Finanz- und Volkswirtschaft, damit die Anleihe auch „sicher“ gestellt ist. In Wirklichkeit wird mit dieser Anleihe nur der Zweck verfolgt, Deutschland weiterhin unter absoluter Kuratel halten zu können. Nun hat aber Amerika den Beschluß dadurch gefährdet, daß es plötzlich das Verlangen nach Bezahlung eines Teils der amerikanischen Besatzungskosten von den seitens Deutschland schon gemachten Leistungen fordert, sodaß eine neue Berechnung notwendig wird. Welche Gründe Amerika zu diesem Vorstoß bewegt haben, ist bis heute noch nicht ersichtlich, wie überhaupt die ganze Frage des Wiederaufbaus Mitteleuropas seit Cannes eine standhafte Behandlung erfährt, die den Charakter der Sabotage deutlich hervortreten läßt.

Die Finanzministerkonferenz der Alliierten.

Der Plan zur Flüssigmachung der deutschen Schuld.

Paris, 11. März. In der Havasmeldung über den Stand der Arbeiten der alliierten Finanzministerkonferenz heißt es weiter: Neben der Annahme des Wiesbadener Abkommens ist offenbar ein Hauptergebnis der Konferenz die Vorbereitung einer sogenannten Mobilisation der deutschen Schuld auf dem Anleihewege. Darüber sind folgende Einzelheiten gegeben: Der englische Finanzminister hat die Anregung wiederholt, die er schon im letzten Dezember in London vor Lloyd George und Loucheur gemacht hat, daß man die deutsche Reparationsschuld in zwei Teile teilt. Die Reparationsschuld beträgt 135 Milliarden Goldmark. Der eine Teil und zwar 65 Milliarden Goldmark, der der Gesamtsumme der interalliierten Anleihe-Schulden entspricht, wird gewissermaßen beiseite gestellt. Dieser Betrag wird von Deutschland nur gefordert werden, wenn Amerika die Rückzahlung seiner Guthaben fordern wird, so daß diese 65 Milliarden Goldmark eine Art Bürgschaft für die amerikanischen Guthaben in Europa wären. Der zweite Teil, ungefähr 70 Milliarden Goldmark, würde dagegen mobilisiert werden in Form einer Anleihe, und zwar so kurzfristig wie möglich. Etwa 10 bis 15 Jahre müßten genügen. Die interalliierte Finanzkonferenz hat sich beieit, die Reparationskommission anzuregen, auf Grund dieses englischen Vorschlags die Frage der Mobilisierung der deutschen Schuld vorzubereiten und für die Anleihe Deutschlands bestimmte Sicherheiten, zum Beispiel die Zolleinnahmen, vorzulegen. Man nimmt an, daß schon in den nächsten Tagen die Frage Fortschritte macht und der „Petit Parisien“ sieht sogar eine neue Konferenz in dieser Angelegenheit voraus und zwar in etwa 14 Tagen.

Paris, 11. März. Der „Petit Parisien“ schreibt: Die Finanzminister haben gestern beschlossen, um der Wirtschaftsunfähigkeit ein Ende zu bereiten, den Wiedergutmachungsausschuß aufzufordern, die Mobilisierung der deutschen Schuld vorzubereiten. Was bedeutet diese Formel? Daß die Stunde endlich geschlagen hat, um die vollständige Lösung der Wiedergutmachungsfrage zu suchen, anstatt sich auf jährliche Abmachungen zu beschränken. Die Finanzminister hätten im Verlauf ihrer Unterredungen erkannt, daß das ernsteste Problem das einer Anleihe oder eine Reihe von Anleihen sei, die Deutschland im Ausland aufnehmen müsse. Solange diese Kreditoperation unmöglich bleibe, werde Deutschland dem Bankrott ausgesetzt sein. Damit werde es die gesamte Industriewirtschaft Europas gefährden. Auf den ersten Blick aber sehe man nicht, wie sich Deutschland mit Erfolg Gelder leihen könne, wenn seine Schuld nicht zuerst erleichtert würde. Diese Erleichterung sei aber andererseits nur zulässig, wenn sie aufgewogen werde durch die Streichung der interalliierten Schulden. Aber Amerika wolle auf seine Forderung nicht verzichten. Es scheine, daß Sir Robert Horne eine neue Form des Systems überbrachte habe, das Lloyd George Loucheur gegenüber entwickelt habe, die darin bestehe, daß die deutsche Schuld in zwei Teile zerlegt werde. Der erste Teil umfasse die Gesamtheit der all. Kriegsschulden, also 65 Milliarden Goldmark und solle beiseite gelassen werden. Er werde von Deutschland nur verlangt, wenn

die Ver. Staaten die Zurückzahlung ihrer Forderungen verlangten. Der Rest von ungefähr 70 Milliarden Goldmark solle in Form von Anleihen in möglichst kurzer Zeit mobilisiert werden. Man nehme an, 10 bis 15 Jahre würden genügen, wenn die Anleihen entsprechend sichergestellt würden.

Paris, 11. März. Der Finanzausschuß der Kammer beriet gestern in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Poincaré über den Antrag, Oesterreich einen Kredit von 55 Mill. Fr. zu bewilligen. Im Laufe der Beratung verlangte der Abg. Aubriot, daß die Forderung der Alliierten an Deutschland flüssig gemacht werde. Poincaré erklärte, die Regierung sei diesem Vorschlag grundsätzlich günstig gesinnt.

Das Ergebnis.

Paris, 12. März. Nach Beendigung der letzten Sitzung der Konferenz der alliierten Finanzminister wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Die Finanzminister haben eine Regelung der schwebenden Fragen vorgenommen und sind zu einem vollkommenen Einverständnis über die Verteilung der deutschen Zahlungen gekommen. Im Laufe ihrer Verhandlungen haben die Finanzminister die allgemeine Frage der Reparation besprochen. Sie sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß nach dem Versailler Friedensvertrag und den Erklärungen der Regierungen diese Frage ausschließlich zu den Befugnissen der Reparationskommission gehört. Sie haben einmütig anerkannt, wie wichtig es sei, daß die Regierungen ihren Delegierten in der Reparationskommission die Notwendigkeit begründlich machen, so rasch wie möglich bestimmte Lösungen ins Auge zu fassen, um die Reparationszahlungen sicher zu stellen, sei es durch Sanierung der deutschen Finanzen und durch eine effektive Kontrolle, sei es durch die Ausgabe ausländischer Anleihen durch Deutschland, die durch die Zolleinnahmen oder durch andere Einnahmequellen, die die Reparationskommission auswählt, wird, und die dazu dienen sollen, einen Teil des Kapitals der deutschen Schuld zu tilgen, sicher gestellt werden. Die Minister haben sich auch mit der Regelung der von den alliierten europäischen Mächten untereinander kontrahierten Schulden beschäftigt.

Paris, 12. März. In einer halbamtlichen Auslassung der Agence Havas über das gestern von den alliierten Finanzministern unterzeichnete Abkommen heißt es: Die Entscheidungen bieten Frankreich anerkanntswerte neue Vorteile, namentlich in der Frage der Besatzungskosten, in die auch die Kosten für die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 zu Lasten Deutschlands einbezogen werden sollen. Ueber die Frage der Verteilung der bereits geleisteten deutschen Zahlungen wurde eine Verständigung erzielt. Die Reparationskommission, deren Rolle etwas beiseite geschoben war, soll wieder alle ihre Rechte erhalten. Die Gegenseitigkeit der Ansichten trat durch die Annahme eines Aktionsprogramms in die Erscheinung, nach dem die deutschen Finanzen saniert werden und Deutschland die Ausführung seiner Verpflichtungen durch die Ausgabe von Anleihen im Ausland erleichtert wird. Die Machtbefugnis des Garantenausschusses, dem die Kontrolle der deutschen Finanzen übertragen ist, wird verhärtet. Die deutschen Anleihen sollen zur Tilgung des Kapitals der deutschen Schuld dienen, nicht aber zur Deckung der deutschen Jahreszahlungen. Auf diese Weise wird der Zahlungsplan aufrecht erhalten. Als Pfand für die Anleihen ist außer den Zolleinnahmen die Aufrechterhaltung der 20prozentigen Ausfuhrabgabe beabsichtigt. Der Ertrag dieser Abgabe im Jahre 1922 in Höhe von etwa 1 Milliarde Goldmark ist ausreichend, um eine Anleihe von 13—14 Milliarden zu verbürgen. Die Begebung der Anleihe soll durch ein Finanzkonförium erfolgen. Die Operation wird abhängig sein von der Aufhebung der allgemeinen Hypothek, die auf den Einnahmen Deutschlands ruht.

Erneute französische Forderung nach Zahlung seiner vorjährigen Mobilisierungskosten.

Paris, 11. März. In der gestrigen Sitzung der alliierten Finanzminister verlangte die Kastrie die Rückzahlung der französischen Mobilisierungskosten für die Jahresklasse 1919, die 190 Millionen Franken betragen sollen. Die alliierten Regierungen haben schon einmal abgelehnt, diese Kosten Deutschland aufzubürden, mit der Begründung, daß die französische Regierung allein im Mai vorigen Jahres diese Mobilisierung beschlossen habe. Ministerpräsident Poincaré hat jedoch auf Drängen des Finanzausschusses der Kammer versprochen, die Debatte über diese Frage nochmals zu eröffnen.

Amerika verlangt die Unterhaltungskosten für seine Besatzungsarmee.

Paris, 11. März. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, ist die Forderung Boydens auf Erstattung der Kosten für die amerikanische Besatzungsarmee am Schluß der gestrigen Vormittagsitzung der alliierten Finanzminister erfolgt und hat wie ein Theatercoup gewirkt. Boyden, der bis jetzt nur die Rolle eines Beobachters gespielt habe,

habe eine Note verlesen. Die von ihm verlangten Kosten seien berechnet bis zum 1. März 1921. — Nach dem „Echo de Paris“ beläuft sich der vom Staatssekretär verlangte Betrag einschließlich der Zinsen auf ungefähr 1200 Millionen Goldmark.

Französische Stimmen zu der Forderung Amerikas.

Paris, 11. März. Zu der amerikanischen Note schreibt „Liberte“, der Schritt sei ernst, Amerika wolle Geld haben, aber die öffentliche Meinung Amerikas verlange noch anderes: die Entwaffnung Europas. Das Verlangen von Boyden solle den Alliierten begreiflich machen, daß ihre militärischen Ausgaben unproduktiv und schädlich seien und die gesamten Reparationszahlungen absorbieren. Der „Temps“ gesteht den Vereinigten Staaten das Recht zu, sich ihre Besatzungskosten zurückzahlen zu lassen, fragt aber, von wem sie die Zurückzahlung verlangen, von den Alliierten oder von Deutschland? Die Vereinigten Staaten hätten den Versailler Vertrag nicht ratifiziert, die Abkommen von Spa und London nicht unterzeichnet und in der Reparationskommission nur einen offiziellen Delegierten. Auf Grund welcher Rechte griffen sie also nun in die zwischen den Alliierten bestehenden Abmachungen ein? Um einen Teil der Summe zu verlangen, die Deutschland schon bezahlt habe, oder um ihnen zu unterlagen, weitere Summen anzunehmen? Man könne vielleicht sagen, daß die amerikanische Regierung mit ihrer gestrigen Mitteilung nur von einem Recht spreche, die Besatzungskosten zurückzuerlangen, nicht von einem Recht auf Reparation. Das „Journal“ stellt fest, daß Amerika keineswegs geneigt ist, auf seinen Anteil an den Forderungen zu verzichten, und daß auf alle Fälle eine Milliarde von den nächsten Zahlungen verschwinden werde, die nicht für die Reparationen verwendet werden könne. „Echo des Paris“ fragt, was die amerikanische Armee am Rhein nütze, wenn sie nicht im Dienste einer Politik, die mit den Alliierten zusammenwirkt, stehe und was die englische Armee am Rhein nütze, wenn sie der Durchführung einer sanktionsfeindlichen Politik diene. Der „Matin“ macht auf den Widerspruch aufmerksam, daß Amerika den Vertrag von Versailles nicht ratifiziert habe und daß seine Truppen trotzdem noch die Nacht am Rhein bildeten. Paradox sei der Zustand deshalb, weil die Vereinigten Staaten in ihren Forderungen mit den Alliierten solidarisch, in ihrer Politik gegen Deutschland aber unabhängig seien.

Ausland.

Das Burgenland für Oesterreich.

Wien, 11. März. Auf Einladung des Bundeskanzlers Dr. Schober besuchten heute die drei Präsidenten des Nationalrats, der Vorsitzende des Bundesrats und die Landeshauptmänner aller Bundesländer das nördliche Burgenland. Ihnen hatten sich die Minister Rodler, Wächter und Bauer angeschlossen. In Eisenstadt wurden die Gäste festlich empfangen. Auf die Begrüßungsansprache des Bezirksverwalters antwortet Bundeskanzler Dr. Schober u. a.: Bezüglich der neuen Gebietsforderungen Ungarns kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß es für Oesterreich in dieser Frage kein Zurück gibt. Eine Ansprache des Kanzlers an die Bevölkerung wurde mit einem heiligen Treuegelöbniß für Oesterreich beantwortet.

Verhaftung eines der Mörder Erzbergers?

Budapest, 11. März. Bei der Polizei in Steinamanger sind zwei Männer eingeliefert worden, von denen auf den einen die Personalbeschreibung eines der Mörder Erzbergers paßt. Die Verhafteten leugnen, doch gibt der eine zu, daß er nach Kirschau in Deutschland zuständig sei. Die beiden sollen nach Budapest gebracht werden.

Rabinettskrisis in Griechenland.

Athen, 11. März. Nach der Abstimmung über die Vertrauensfrage erklärte Ministerpräsident Gunaris, das Ergebnis der Abstimmung zwingt die Regierung zurückzutreten. Er bitte die Nationalversammlung, ihre Arbeiten bis zur Bildung des neuen Rabinetts zu unterbrechen.

Die indische Freiheitsbewegung.

London, 10. März. Reuter meldet aus Delhi vom 9. März: Wie verlautet, steht Gandis Verhaftung unmittelbar bevor. — Gandi ist der indische Volksführer gegen die englische Fremdherrschaft. Er will die Engländer dadurch aus dem Land treiben, daß er dafür eintritt, daß kein Inder in die englische Verwaltung oder in das Heer eintreten darf, und daß keine englischen Waren gekauft werden sollen. Kurz: er vertritt das Kampfmittel der passiven Resistenz gegenüber den Anhängern einer aktiven Aufstandsbewegung. Die Engländer werden mit der Verhaftung dieses Führers aber weiteren Zündstoff in Indien anhäufen. Die Schrift.

Schwere Streikunruhen in Englisch-Südafrika.

Unnesburg, 11. März. Die Verluste bei den gestrigen Schießereien werden auf 600 geschätzt, darunter 80 Tote. Das Schießen dauert in den äußeren Bezirken an. Die Lage der Polizei wird als etwas gebessert angesehen. Eine Abteilung schottischer Freiwilliger wurde von den Streikenden überfallen, wobei 18 Soldaten getötet und 25 verwundet wurden. Die heutigen Verluste übersteigen die Zahl von 100 Toten außer einer großen Anzahl Verwundeter. — Wie von ausländischen Zeitungen gemeldet wird, sollen in dem Streik starke englandfeindliche Einflüsse sich geltend machen.

Bessere Lage in Amerika.

Nach Berichten des amerikanischen Arbeitsministeriums ist seit Beginn des Februar eine allgemeine Besserung in der wirtschaftlichen Lage der Vereinigten Staaten zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit in sämtlichen Industrien hat, ausgenommen in der Textilindustrie, abgenommen. Die hauptsächlichsten Industrien, wie die Lebensmittelindustrie, Eisen, Stahl, Metall-, Motorenbau- usw. Industrie verzeichnen sehr bedeutende Besserungen der Lage.

Freitag.

Berlin, 10. März. Der Reichstag nahm heute in 2. und 3. Lesung das Kapitalfluchtgesetz an, das bestimmt, daß statt bisher 3000 Mark in Zukunft 20 000 Mark ins Ausland mitgenommen werden können, und begrenzte die Gültigkeitsdauer des Gesetzes bis zum 31. Dezember ds. Js. In der nun folgenden Spezialberatung des Branntwein-Monopolgeetzes wird Paragraph 1 gegen die Stimmen der beiden kommunistischen Parteien und der Unabhängigen angenommen, die weiteren Paragraphen in der Ausschlußfassung. Angenommen wird sodann ein Kompromißantrag, der den Betrieb der landwirtschaftlichen Verschlusssbrennereien regelt, die ihre Brennergeräte während des Krieges für Heereszwecke abgeliefert haben, ebenso ein Kompromißantrag, daß Brennerereien abgefunden werden können, sofern sie vor Inkrafttreten dieses Gesetzes als abgegebene Brennerereien im Betrieb waren und jährlich nicht mehr als 2 Hektoliter Weingeist herstellen. Zu einer eingehenden Aussprache führt Paragraph 118, der 30 Millionen zur Bekämpfung der Trunksucht und ähnlicher die Volksgesundheit bedrohende Schäden aussetzen will, die mit dem mißbräuchlichen Branntweingenuß zusammenhängen. Vor der Abstimmung stellt sich die Verschlusssfähigkeit des Hauses heraus, sodaß die Sitzung auf eine halbe Stunde ausgesetzt werden muß. Nach ihrer Wiederaufnahme wird der Paragraph in der Ausschlußfassung angenommen, worauf sich bei der Abstimmung über einen weiteren Paragraphen das Haus abermals als beschlußunfähig erweist, sodaß wieder eine Unterbrechung der Sitzung eintreten mußte. Da unter diesen Umständen heute die Abstimmungen nicht fortgesetzt werden können, wird nach Wiederaufnahme der Sitzung in die Beratung des Etats des Reichswehrministeriums eingetreten. Dabei stellt Abg. Stücken (Soz.) als Versicherung fest, daß die Kosten für die kleine Reichswehr höher seien als die für das gesamte ehemalige Reichsheer, da bei der Anstellung die Besoldungsbedingungen beim Söldnerheer andere seien als beim Volksherr. — Reichswehrminister Dr. Gessler erklärte, daß der Etat zum erstenmal die Neuorganisation unseres Heeres nach den Bestimmungen des Friedensvertrags zum Ausdruck bringe. Somit hätten wir ein Recht zu fordern, daß die interalliierte Kontrollkommission abgebaut werde. Der Minister trat sodann, wie am Samstag veröffentlicht, den Behauptungen im Ausland entgegen, daß wir den Revanchekrieg vorbereiteten.

Das Mantelgesetz im Reichstagswehrausschuß angenommen.

Berlin, 11. März. In den vereinigten Reichstagsausschüssen für Steuerfragen wurde heute der als Initiativantrag von Sozialdemokratie, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Bayerische Volkspartei eingebrachte Entwurf über Abänderung im Finanzwesen (sogenannte Mantelgesetz) gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und Unabhängigen angenommen. In der Aussprache erklärte Dr. Helfferich (DN.), daß seine Fraktion zu dem Entwurf nicht habe Stellung nehmen können, da er ihm erst jetzt zugegangen sei. Die endgültige Stellungnahme und Begründung werde seiner Fraktion erst im Plenum möglich sein.

Deutschland.

Abkennung der deutschen Protestnote wegen der Zustände in Oberschlesien.

Berlin, 13. März. Die Note der deutschen Regierung an die interalliierte Kommission in der Angelegenheit des in Oberschlesien erschossenen Polizisten Riesenberg ist von der interalliierten Kommission und vom Vorschafferrat, an den sie gerichtet worden war, abgelehnt beantwortet worden. Die interalliierte Kommission und der Vorschafferrat haben sich auf den formalen Rechtsstandpunkt gestellt, daß die interalliierte Kommission allein für das oberschlesische Gebiet verantwortlich sei und daß diese Frage der Zuständigkeit der deutschen Regierung nicht unterstehe. Die interalliierte Kommission hat außerdem mitgeteilt, daß bereits Vorbereitungen getroffen wurden, um eine Entschädigung an die Hinterbliebenen des erschossenen Polizeibeamten auszugeben.

Der Reichsverband der Rheinländer gegen die französische Abtrennungspolitik.

Leipzig, 11. März. Anlässlich der Messe veranstaltete der Landesverband Sachsen des Reichsverbands der Rheinländer am Freitag abend eine große Rheinlandskundgebung, die einen eindrucksvollen Verlauf nahm. Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister a. D. Dr. Most (Duisburg) sprach über „Die gefährdete Wirtschaft im Rheinland“. Er wandte sich besonders gegen die Entschädigung, die lediglich den Zweck verfolgte, das Rheinland zu einem Abfallgebiet Frankreichs zu machen, sowie gegen den Besetzungswahnsinn. — An Stelle des erkrankten Dr. Meesfeld erörterte Reichstagsabgeordneter Zirr-

Ämtliche Bekanntmachung.

Biehmarktverbot.

Wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche wird die Abhaltung der am 28. März und 4. April ds. Js. in Herrenberg und Oberjettingen fälligen Viehmärkte verboten.

Herrenberg, den 9. März 1922.

Oberamt: Risch.

giebel (Köln) die Stellung der rheinischen Arbeiterschaft und erklärte unter lebhaftem Beifall, daß diese eine rheinische Republik und alle Sonderbestrebungen wie in der Vergangenheit so in der Zukunft ablehne. Der Vorsitzende des Bundes „Saarverein“, Verwaltungs-Verwaltungsdirektor Bogel, schilderte die französische Fremdberrschaft im Saargebiet, Reichstagsabgeordneter Univeritätsprofessor Dr. Mothenhauer (Köln) Frankreichs Rheinlandpolitik, die heute wie schon vor hundert Jahren mit der gleichen Propaganda arbeite. Schließlich gab Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Krell (Zingelheim) der Empörung der Rheinländer über die schwarze Schmach Ausdruck. In einer darauf angenommenen Entschließung wurde gegen die Zustände scharfer Einspruch erhoben und die Befreiung der Brüder und Schwestern, insbesondere die Zurückziehung der schwarzen Truppen gefordert.

Eine weitere Rechtfertigung des Reichsfinanzministers.

Berlin, 10. März. In der Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, daß seitens des Reichsministers Dr. Hermes dem Wingerverein für Mosel, Saar und Ruwer besondere Zuwendungen an Zucker als Gegenleistung für private Dienste gemacht worden seien. Diese Behauptung entbehrt jeder Begründung. Die Art und die Menge der Belieferung mit Zucker ist bei dem Wingerverein für Mosel, Saar und Ruwer nicht anders gewesen, als bei den anderen Weinverbänden. Aus einer amtlichen Darlegung ergibt sich nach genauer Prüfung an Hand der Akten, daß im Winter 1920/21 aus den Kreisen der Winger und Wingerverbände Wünsche nach einer Belieferung mit Zucker erneut laut wurden, die über die bereits vorher erfolgte allgemeine Zuckerverweisung hinausgingen. Die Wünsche wurden damit begründet, daß der leistungserntete Wein insbesondere in vielen Nebenlagen sehr alkoholar und säurereich sei. Im Naturzustand könne daher der Wein ohne großen Schaden keine Verwendung finden. Anträge auf Einfuhr von Zucker aus dem Auslande, die damals mit der gleichen Begründung in beträchtlicher Zahl vorlagen, mußten mit Rücksicht auf die Devisenlage abgelehnt werden. Es war dagegen zu prüfen, ob eine stärkere Belieferung der Winger mit Zucker aus dem Inlande zum Zwecke der Weinverbesserung gerechtfertigt war oder nicht. Nach eingehender Prüfung ist die endgültige Zuweisung von 4000 Doppelzentnern an den Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer durch den Staatssekretär angeordnet worden. Der Weinbauverband der Pfalz und der Rhein-herfische Wingerverband haben ebenfalls besondere Zuckerverweisungen erhalten, und zwar sind dem Weinbauverband für die Rheinpfalz 8500 D.-Z. und dem Rhein-herfischen Wingerverband 4000 D.-Z. überwiesen worden. Die rhein-herfischen Winger haben also ebensoviel Zucker zugewiesen bekommen wie der Wingerverband für Mosel, Saar und Ruwer, der Weinbauverband für die Rheinpfalz mehr als das doppelte Quantum. Von irgend einer Bevorzugung des Wingerverbands für Mosel, Saar und Ruwer kann demnach nicht die Rede sein.

Rapps Besuch um freies Geleit abgelehnt.

Berlin, 11. März. Von zuständiger Seite wird dem W.B. der Vortlaut des von Rapp gestellten Antrags auf freies Geleit und Versicherung von der Untersuchungschaft mitgeteilt. Es heißt darin: Hiermit beantrage ich auf Grund der Paragraphen 117 ff. und 337 der St.P.O. gegen Stellung einer Sicherheit von 100 000 M. und gegen Uebernahme der Verpflichtung, mich jederzeit zur Verfügung der Gerichte zu halten, mir freies Geleit und Versicherung von der Untersuchungschaft unter Abhandnahme von jeder Durchsuhung meiner Person und meines Reisegepäcks bei Uebertritt über die deutsche Grenze und während meines Aufenthalts in Deutschland bis zum Abschluß des Hauptverfahrens, sowie von der Beschlagnahme bei mir geführter Reiseeffekten, Bücher und Schriftstücke in dem genannten Zeitraum, jedoch unbeschadet der zollamtlichen Bestimmungen zuzuführen. Zur Empfangnahme von Zustellungen ist Justizrat Goldbrecht in Leipzig bevollmächtigt. Die Entschließung über meinen Antrag bitte ich ergebnis der deutschen Gesundheitsamt in Stockholm zur Weitergabe an mich mitzuteilen. Dieser Antrag Rapps ist, wie schon gemeldet, auf Antrag des Oberreichsanwalts durch Beschluß des Untersuchungsrichters abgelehnt worden, weil allein die bedingungslose Gestellung des Angeeschuldigten als der Sachlage entsprechend erachtet werden kann und im übrigen die Gründe für den Erlaß des Haftbefehls fortbauern.

Zum Münchner Metallarbeiterstreik.

München, 11. März. Zum Metallarbeiterstreik wird gemeldet, daß die Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes dem Landeinsigungsamt Nürnberg die Annahme des Schiedspruchs erklärte. Der Verband Bayerischer Metallindustrieller stimmte dem Schiedspruch ebenfalls zu.

Schulpolitiches aus Preußen.

Nach einer Erklärung des preußischen Kultusministers im preußischen Landtag sind von etwa 28 000 Jungschülern 54,4 Prozent beschäftigungslos. Die Zahl der vom Religionsunterricht befreiten Kinder hat sich von 53 890 auf 117 744, von 0,91 auf 2,3 Prozent gesteigert. Dagegen ist die Zahl der Lehrer, die sich weigern, Religionsunterricht zu erteilen, von 663 auf 625 zurückgegangen, das sind nur 0,54 Prozent.

Eine weitere Pfarrgehilfin in Preußen.

Auch an der Ringkirchengemeinde in Wiesbaden besteht, wie in Jena, das Amt der akademischen Pfarrgehilfin. Der Kirchenvorstand hat es der Kandidatin der Theologie Margarete Braun übertragen.

Vom einseitigen Standpunkt.

Von Fritz Seih, Stuttgart.

S. P. Berwickel in seinem Aufbau und darum der Mitwelt kaum verständlich ist das Seelenleben des deutschen Volkes. Aus der Veranlagung zu gebuldigem Ertragen, zu regster Arbeitamkeit und unübertroffener Gründlichkeit erwächst jener Zug zur Innerlichkeit, zur Abschließung im engsten Lebenskreis, jene Lust zum Klassen- und Gruppenbilden, die man vom vaterländischen Standpunkt aus eher als Fehler denn als Vorzug aussprechen muß. Da im öffentlichen Leben tatsächlich in Deutschland die klassenmäßige Betrachtungsweise überwiegt und die Sachwalter des Gemeinwohles schwach an der Zahl und arm an Einflußmöglichkeiten sind, so wird diese Naturanlage allmählich angegriffen durch die Lage von Staat und Wirtschaft zu einer ungeheuren Gefahr, die nur durch hingebende Arbeit beseitigt werden kann.

Die Zahl der einseitigen Standpunkte ist in unserem Vaterland Legion. Teils Berufsgruppen, teils Rassenrethoriker, teils Verfassungsdogmatiker, teils Konfessionsvorkämpfer, teils Partikularisten überwiegen ihre engumgrenzte Auffassung mit geradezu fanatischer Leidenschaftlichkeit und erblicken in allen Ereignissen des öffentlichen Lebens immer nur bewußte Handlungen bestimmter Menschen gegen oder für ihre „gute Sache“. So steht der Proletarier gegen den Unternehmer, der Deutschvölkische gegen den Juden, der Republikaner gegen den Monarchisten, der Protestant gegen den Katholik, der Bayer gegen den Preußen, die Frauenrechtlerin gegen das männliche Geschlecht, der Bauer gegen den Städter. All ihr Sinnen und Trachten ist immer nur auf das Gegenfällige eingestellt, die besten Kräfte werden im Kampf gegen das andere Standpunkt zerrieben.

Und doch bilden alle diese auseinanderstrebenden Menschengruppen als deutsches Volk eine unlösliche Gemeinschaft, einen lebendigen Organismus, aus dem auch nicht ein einziges Glied herausgelöst werden kann, ohne daß es selbst zu Grunde geht und der Gesamtkörper in Mitleidenschaft gezogen wird. Wohl läßt sich jeder einzelne Teil für sich unter die Lupe nehmen und nach seinem Wesen, seinen Bedürfnissen, seiner Entwicklung betrachten. Das ist der Weg wissenschaftlichen Fortschritts. Aber so wenig der Anatom aus einem Körperteil ein Herz herauschneidet, um es für sich allein weiterleben zu lassen, sondern um am Bau des toten Teils Wege zu seiner richtigen Pflege innerhalb des warmen, blutdurchströmten Leibes zu erforschen, ebenso wenig kann man einzelne Volksteile aus dem Zusammenhang mit der ganzen Nation herausreißen, um sie zu unabhängigem Weiterleben und Aufblühen zu führen.

Der Forscher in stiller Kammer wie der Führer im brandenden Leben der Öffentlichkeit darf die Zusammenhänge nicht völlig unbeachtet lassen, die zwischen den verschieden gearteten und verschiedenwertigen Einzelgliedern und Untergruppen eines Volkes bestehen und die es zu einem lebendigen Organismus vereinigen, in den willkürliche Eingriffe nicht gemacht werden können, soll nicht das Ganze leiden. Aus der Erkenntnis dieser Zusammenhänge heraus wird sich dann — trotz feinsten Einzeluntersuchungen und weitgehender Berücksichtigungen der Eigenart — schließlich der umfassende Gedanke einer starken Volksgemeinschaft erheben, auf dem allein die Zukunft Deutschlands aufgebaut werden kann. Und auch unser Verwohensein in die Weltwirtschaft wird allen Beteiligten bewußter werden, wenn man sich endlich von der Einseitigkeit des Parteistandpunktes abhebt, den Willen zur Zusammenarbeit über alle Vorurteile siegen läßt und damit erst die Geschichte des deutschen Volkes wieder in die eigene Hand bekommt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. März 1922.

Ärztliche Fürsorge durch den Oberamtsarzt.

Am 4. und 5. ds. Mts. tagte in Stuttgart im Vortragsaal des früheren Medizinalkollegiums die 17. Jahresversammlung des Württ. Medizinalbeamtenvereins unter dem Vorsitz des Obermedizinalrats Dr. Koefflin. Oberamtsarzt Dr. Joepprich-Cannstatt hielt einen Vortrag über die ärztliche Versorgungslage, Obermedizinalrat Dr. Gnant-Stuttgart und Oberamtsarzt Dr. Billinger-Besigheim sprachen über ärztliche Fürsorge. Die letztere beschäftigt zurzeit die württ. Ärzteschaft in besonderer Maße, insofern der württ. Ärztenverband die Forderung erhebt, daß alle ärztliche Fürsorge, die größeren Städte ausgenommen, den Oberamtsärzten übertragen werden solle. Der Medizinalbeamtenverein nahm zu dieser Forderung der Ärztesorganisation in folgenden Leitfäden Stellung: 1. der württembergische Medizinalbeamtenverein erklärt sich mit der Uebertragung der gesamten ärztlichen Fürsorgetätigkeit an die Oberamtsärzte grundsätzlich einverstanden. 2. Im Rahmen der bestehenden oberamtsärztlichen Dienstverhältnisse kann die Fürsorgetätigkeit nicht übernommen werden. Der Medizinalbeamtenverein erkennt deshalb übereinstimmend mit dem württ. Ärztenverband als Notwendigkeit an, daß zu wirksamer Ausgestaltung der Fürsorgetätigkeit für jedes Oberamt ein eigener vollbesoldeter Oberamtsarzt bestellt wird. 3. Der Oberamtsarzt muß als Leiter der Fürsorgetätigkeit eine selbständige Stellung in medizinischen und gesundheitlichen Fragen bekommen, in der ihm Ausführungsbefugnis zusteht. In diesen Fragen müssen ihm auch schon bestehende Fürsorgetellen, deren Leitung nicht an ihn übergeht, unterstellt werden. 4. Zu diesem Zweck ist in jedem Oberamtsbezirk ein Gesundheitsamt mit ausreichendem Personal zu errichten, dessen Leiter der Oberamtsarzt ist. Bei der großen Bedeutung der ärztlichen Fürsorge für die Volksgesundheit darf man gespannt sein, wie die der Staatsregierung und dem Landtag zustehende Entscheidung ausfällt.

Zur Reform des Ehecheidungsrechts.

Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags hat beschlossen, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Justizreform neben der Scheidungsmöglichkeit auf Grund der Zerrüttung der Ehe auch die bis 1900 in Baden üblich gewesene Ehecheidung auf wechselseitige Einwilligung nach Feststellung der Ernstlichkeit und Ausdauer des Willens der Eheleute erwogen werde.

Spunkt.

der Mitwelt kaum les. Aus der Ver- weisbarkeit und un- Innerlichkeit, zur zum Klassen- und andpunkt aus eher Da im öffentlichen Betrachtungsweise schwach an der wird diese Natur- und Wirtschaft zu de Arbeit beseitigt

unserem Vaterland nter, teils Verfas- Partikularisten eradezu fanatischer des öffentlichen Menschen gegen elarier gegen den en, der Republi- den Katholik, der gen das männliche sinnen und Trach- die besten Kräfte erleben.

en Menschengrup- , einen lebendigen lled herausgelöst und der Gesamt- sich jeder einzelne em Wesen, seinen t der Weg wissen- aus einem Krän- weiterleben zu las- zu seiner richtigen übes zu erforschen, in Zusammenhang abhängigem Wei-

er im brandenden nicht völlig unbed- und verschieden- stoffes bestehen und , in den willkür- hat das Ganze not- heraus wird sich itgehender Veränd- die Gedanke einer Zukunft Deutsch- obenssein in die den, wenn man stantes ablehnt, den egen läßt und da- die eigene Hand

10. März 1922.

Landtags.

Fortsetzung der Feuerungsdebatte.

(Stuttg.) Stuttgart, 10. März. In einer dreistündigen Abend-sitzung wurde die Ernährungsdebatte im Landtag fortgesetzt. Nach einer kurzen Ergänzung des Ernährungsministers über die Düngemittelpreise forderte Ruggaber (Soz.) die Förderung der Produktion, Erhöhung der Getreideumlage für 1922, Sicherungsmaßnahmen bei der Kartoffelernte und der Milchverjorgung, schärfere Strafen bei Wucher und Preistreibeerei. Ausgleich der Löhne und Gehälter u. a. Abg. Müller (Komm.) meinte, die Not sei nicht durch Große Anträge zu beheben, der Bankrott Deutschlands werde immer offensichtlicher, nur eine Arbeiterregierung könne Hilfe bringen. Die Orientierung nach Westen führe weiter ins Unglück, die Hilfe komme von Rußland. Der Wirtschaftskampf sei bereits im Gange, er werde die Beseitigung der Ernährungsregierung bringen. Bei seinen zweieinhalbstündigen Darlegungen leerte sich das Haus bis auf etwa zwei Duzend Abgeordnete. — Schluß: 9 Uhr. Samstag 9 Uhr: Kleine Anfrage über den Herrenberger Schulfall, Wahl des Finanzgerichts, Gesetz über die erhöhte Anrechnung der Kriegsdienstzeit, Abschluß der Ernährungsdebatte.

Der Herrenberger Fall — Schluß der Feuerungsdebatte.

(Stuttg.) Stuttgart, 11. März. Kultminister Dr. Hieber kam in seiner Beantwortung der Kleinen Anfrage der Bürgerpartei über die Wilderstürmerei von Herrenberg zu dem Urteil, daß der Schulvorstand den Frieden in der Gemeinde empfindlich gestört und das Ansehen der Lehrer in der Schule durch sein Verhalten geschädigt hat. (Die Erklärung des Kultministers werden wir morgen ausführlich wiedergeben.) Bei der Fortsetzung der Ernährungsdebatte bezeichnete es Klein (W.) als die Pflicht der Landwirtschaft, für eine Steigerung der Produktion zu sorgen, aber sie müsse von den Berufsständen besser behandelt werden. Wenn man sich vom Achtstundentag löse und die Sozialisierungsversuche aufgäbe, werde man vorwärts kommen. Uebrigens hätten 90 Proz. der württ. Bauern ihre Frucht längst verkauft, also mit den jetzigen hohen Fruchtpreisen nichts zu tun. Der Vorwurf des Ministers, daß die evangelischen und bauernbündlerischen Bauern für die Minderbemittelten weniger getan hätten, verdiene schärfste Zurückweisung. Ganser (Z.) stellte fest, daß die Zwangswirtschaft mit der Erfassungspolitik einen ungeheueren Rückgang der Produktion brachte und schon deshalb nicht wieder kommen dürfe, ferner die Frucht zu Preisen abgesetzt wurde, die um 50 Prozent zu billig waren. Bei der Eierverjorgung lasse sich nur auf genossenschaftlichem Wege etwas erreichen. Der Bauern-

Rechts.

ndtags hat bes- zu wirken, daß der Scheidungs- Ehe auch die dung auf wech- der Ernstlichkeit erwogen werde.

Das Schicksal von 6 Millionen Deutschen.

Man schreibt uns: Am Dienstag, den 14. März, abends 8 Uhr, wird im Dreißigen Saale der ~~Landtag~~ Volksmann Josef A. Hoyer einer Einladung der hiesigen Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes folgend, einen sehr beachtenswerten Vortrag über das Thema: „Das Schicksal von 6 Millionen Auslandsdeutschen“ halten. Herr Hoyer führt, wie wir dazu erfahren, seinen Zuhörern in eindrucksvoller Weise die deutsche Not vor Augen und legt dar, daß nicht eine einzige der vielen Enttäuschungen im Stande gewesen ist, unserm Volke den Glauben an eine deutsche Zukunft zu nehmen. Herr Hoyer führt die Zuhörer durch all die deutschen Gebiete, die unter fremder Herrschaft schmachten und bringt anschauliche Bilder des deutschen Leids. Er wirft in seinem Vortrag die Frage auf: Sollen wir nun verzweifeln — und zeigt auf Grund von Tatsachen das Erwachen unseres Volkes in völkischer und wirtschaftlicher Hinsicht nach, weist auf die gegnerischen Widerstände hin, die fortwährend die deutsche Volksseele neu zu vergiften und das deutsche Volk zu entzweien suchen. Nur völkische Selbstbejinnung kann unser Volk vor der Verzweiflung retten. Der Besuch dieses Vortrages ist wärmstens zu empfehlen.

Verbesserung der Feuermelde- und Feuerlärmanrichtungen.

Im Amtsblatt des Ministeriums des Innern gibt die Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens bekannt, daß bei den heutigen Bau- und Werkstoffpreisen und der herrschenden Wohnungsnot es für jede Gemeinde zur Pflicht geworden ist, die Zeit zwischen der Entdeckung eines Brandes und seiner Bekämpfung auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Dem Zweck, ein möglichst reiches Eintreffen der Feuerwehr auf der Brandstätte zu gewährleisten, dienen die elektrischen Feuermelde- und Feuerlärmanlagen. An diese werden 20-30 Feuerwehrleute angeschlossen, die in möglichst Nähe des Gerätehauses eine ständige Wohnung inne haben. Sie erhalten in ihrer Wohnung eine Wegerlocke, die sie von dem Ausbruch eines Brandes benachrichtigt. Die Wegerlocken werden von der Zentrale aus in Gang gesetzt. In geschlossenen Gemeinden von mehr als 5000 Einwohnern empfiehlt sich die Einrichtung von elektrischen Feuermelde- und Lärmanlagen mit Außenmeldern und Wegerlocken, während in kleineren Gemeinden von der Anbringung von Außenmeldern abgesehen werden kann. Eine einfachere Feuermelde- und Lärmanlage ist mit Rücksicht auf die Werte, die heute auf dem Spiele stehen, überall anzuraten. Eine solche besteht in einer Anzahl Teilnehmer-Fernsprechstellen, die gleichmäßig im Ort verteilt sind und dadurch zu Feuermeldestellen gemacht werden, daß an den Gebäuden Glockenzüge mit Aufschrift angebracht werden und die Feuerprecher nachts auf die Polizeiwache durchgeschaltet sind. Zu den Kosten des Neubaus und der Umänderung von elektrischen Feuermelde- und Lärmanlagen leistet die Zentralkasse einen Beitrag von 50 Prozent und zur Unterhaltung Jahresbeiträge von 4 Prozent des Bauaufwands. Für einfachere Feuermeldeanlagen durch Teilnehmer-Fernsprechstellen, Motor sirenen, Lärmhupen wird ein Beitrag von 30 Prozent in Aussicht gestellt. Die Oberämter werden veranlaßt, den Gemeinden die Pervollkommnung ihrer Lösch- und Lärmanrichtungen zu empfehlen.

Mitmaßliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Die Wetterlage wird nunmehr wieder von Hochdruck beherrscht. Am Dienstag und Mittwoch ist trodenes, nachts empfindlich kühles, tagsüber mildes Wetter zu erwarten.

Landtag.

Fortsetzung der Ernährungsdebatte.

(Stuttg.) Stuttgart, 10. März. In einer dreistündigen Abend-sitzung wurde die Ernährungsdebatte im Landtag fortgesetzt. Nach einer kurzen Ergänzung des Ernährungsministers über die Düngemittelpreise forderte Ruggaber (Soz.) die Förderung der Produktion, Erhöhung der Getreideumlage für 1922, Sicherungsmaßnahmen bei der Kartoffelernte und der Milchverjorgung, schärfere Strafen bei Wucher und Preistreibeerei. Ausgleich der Löhne und Gehälter u. a. Abg. Müller (Komm.) meinte, die Not sei nicht durch Große Anträge zu beheben, der Bankrott Deutschlands werde immer offensichtlicher, nur eine Arbeiterregierung könne Hilfe bringen. Die Orientierung nach Westen führe weiter ins Unglück, die Hilfe komme von Rußland. Der Wirtschaftskampf sei bereits im Gange, er werde die Beseitigung der Ernährungsregierung bringen. Bei seinen zweieinhalbstündigen Darlegungen leerte sich das Haus bis auf etwa zwei Duzend Abgeordnete. — Schluß: 9 Uhr. Samstag 9 Uhr: Kleine Anfrage über den Herrenberger Schulfall, Wahl des Finanzgerichts, Gesetz über die erhöhte Anrechnung der Kriegsdienstzeit, Abschluß der Ernährungsdebatte.

Der Herrenberger Fall — Schluß der Feuerungsdebatte.

(Stuttg.) Stuttgart, 11. März. Kultminister Dr. Hieber kam in seiner Beantwortung der Kleinen Anfrage der Bürgerpartei über die Wilderstürmerei von Herrenberg zu dem Urteil, daß der Schulvorstand den Frieden in der Gemeinde empfindlich gestört und das Ansehen der Lehrer in der Schule durch sein Verhalten geschädigt hat. (Die Erklärung des Kultministers werden wir morgen ausführlich wiedergeben.) Bei der Fortsetzung der Ernährungsdebatte bezeichnete es Klein (W.) als die Pflicht der Landwirtschaft, für eine Steigerung der Produktion zu sorgen, aber sie müsse von den Berufsständen besser behandelt werden. Wenn man sich vom Achtstundentag löse und die Sozialisierungsversuche aufgäbe, werde man vorwärts kommen. Uebrigens hätten 90 Proz. der württ. Bauern ihre Frucht längst verkauft, also mit den jetzigen hohen Fruchtpreisen nichts zu tun. Der Vorwurf des Ministers, daß die evangelischen und bauernbündlerischen Bauern für die Minderbemittelten weniger getan hätten, verdiene schärfste Zurückweisung. Ganser (Z.) stellte fest, daß die Zwangswirtschaft mit der Erfassungspolitik einen ungeheueren Rückgang der Produktion brachte und schon deshalb nicht wieder kommen dürfe, ferner die Frucht zu Preisen abgesetzt wurde, die um 50 Prozent zu billig waren. Bei der Eierverjorgung lasse sich nur auf genossenschaftlichem Wege etwas erreichen. Der Bauern-

ndtags hat bes- zu wirken, daß der Scheidungs- Ehe auch die dung auf wech- der Ernstlichkeit erwogen werde.

Das neue amtliche württembergische Wappen.

Das Staatsministerium hat unter Bezugnahme auf das Gesetz über Farben und Wappen von Württemberg vom 20. Februar 1922, dessen Wortlaut wir hier wiedergeben:

„Art. 1: Die Landesfarben sind schwarz-rot.

Art. 2: Das Landeswappen besteht aus einem Schild mit vier Feldern, deren erstes und viertes drei liegende schwarze Hirschtangen in Gold, deren zweites und drittes je zwei schwarze und rote Querstreifen enthalten. Der Schild wird von zwei goldenen Hirschen gehalten. Der Schild kann allein geführt werden — nunmehr zur Verwendung bei allen amtlichen Dienstflaggen und -Stempeln die nachstehend abgedruckte Mustervorlage des Wappens von Württemberg bekannt gegeben. Den Ministerien und obersten Landesbehörden ist anheimgestellt, auf Siegeln und Stempeln das volle Wappen zu führen; die übrigen Behörden haben den Schild allein zu führen. Für die Umschrift sind in der Regel deutsche Schriftzeichen zu verwenden.



stand leide furchtbar unter der Dienstbotennot, dieser Rückwirkung des Achtstundentags. Die steuerliche Heranziehung der Landwirtschaft komme ganz ungeahnt zur Geltung; der Vorwurf der Steuerdrückerei müsse entschieden zurückgewiesen werden. Die Erfassung der Sachwerte lehne das Zentrum ab, weil eine Belastung des landwirtschaftlichen Betriebes mit Hypotheken die Arbeitsfreudigkeit störe. Für Verbraucher- und Erzeugerkreise gelte, daß nur gemeinsame Arbeit helfe; doch dazu sei Aufklärung nötig, nicht Verhegung. Hartmann (D.V.P.) erblickt die Rettung nur in einer Revision des Versailler Vertrages. Dazu gehöre ein einiges Volk und eine Bekämpfung der Schulbläse. Unmöglich sei die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft. Andererseits gebühre der Regierung Dank für die Förderung der Produktion. Ernährungsminister Keil erklärte sich mit der Aussprache befriedigt. Was die Ablieferung einzelner Bezirke für Minderbemittelte anlangt, so habe Saugau 7000 Zentner Kartoffeln, Herrenberg dagegen nur 900 Zentner geliefert; auch Körner seien von dort nicht abgeliefert worden (Große Heiterkeit). Dann wurde ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien und Unabhängigen auf Einstellung von Mitteln zur Erleichterung der Notlage der Sozialrentner, Kleinrentner usw. einstimmig angenommen. Nach Schlußworten der Abgg. Ziegler (U.S.P.) und Groß (Z.), der den Abbau des allgemeinen Achtstundentages bebauern würde, wurden 38 Mitglieder zum Finanzgericht, ferner 10 aus dem Arbeitnehmerstand gewählt und schließlich gegen den Widerspruch der Rechten, die die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelte, ein Antrag der Regierungsparteien und der Linken angenommen, wonach die Finanzgerichte bei ihren Entscheidungen Lohn- und Gehaltsempfänger zuziehen müssen. Nächste Sitzung voraussichtlich am 23. März.

Kleine Anfragen.

(Stuttg.) Stuttgart, 10. März. Die Abgg. Winker und Gen. (Soz.) haben im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht: Ein Teil der Beamten im Bereich des Ministeriums des Innern hat immer noch nicht die Bezüge erhalten, wie sie sich aus der Besoldungsordnung vom März 1921 und aus der neuen Ortsklasseneinteilung ergeben. Ist das Ministerium des Innern bereit, für beschleunigte Ausbezahlung der bis zum April 1920 zurückgehenden Restforderungen der Beamten zu sorgen? — Die Abgg. Hiller und Gen. (W.P.) fragen an: Bei der Durchführung der Verordnung gegen Preistreibeerei mehrten sich die offensibaren Mißgriffe der Organe der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Ist das Staatsministerium bereit, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Anwendung der Verordnung gegen Preistreibeerei — unter Aufrechterhaltung einer scharfen Verfolgung des wirklichen Wuchers — folgende Richtlinien beachtet werden: 1. Anerkennung der Marktlage als entscheidenden Beurteilungsmaßstab für die Angemessenheit der Preise, 2. obligatorische Hinzuziehung von Sachverständigen vor jeder Erhebung einer Anklage und vor jeder Beschlagnahme von Waren; 3. Ernennung der Sachverständigen nach den Vorschlägen der Handels- und Handwerkskammern nach Anhörung der Fachverbände. Eine Anordnung in diesem Sinne ist am 18. Januar 1922 vom preußischen Minister des Innern ergangen. Ist das Staatsministerium ferner bereit, dafür einzutreten, daß ein Rechtsmittel gegen die Urteile der Wuchergerichte zugelassen und das Verfahren beschleunigt wird.

Einweihung des deutschen Röntgenlaboratoriums.

(Stuttg.) Stuttgart, 11. März. In der Aula der Technischen Hochschule wurde durch einen Festakt das neue Röntgenlaboratorium der Technischen Hochschule seiner Bestimmung übergeben. Der Feier wohnte Staatspräsident Dr. Hieber, Vertreter der Hochschulen von Tübingen und Heilbronn, sowie Professoren der Röntgeninstitute in Freiburg, Frankfurt und Naheim, Vertreter der Ärzte und Angehörige der Röntgenindustrie aus ganz Deutschland an. Der Rektor und Vorsitzende des Stiftungsrats Dr. Fiedler begrüßte die Gäste und feierte den unermüdbaren Vorstand des Instituts, Dr. Glöckler und sein Werk als Mittel zur Vertiefung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. Der Leiter des Instituts, Dr. Glöckler, der von Calw gebürtig ist, behandelte sodann die Ziele und Zwecke des Instituts. Staatspräsident Dr. Hieber schilderte die Entstehung der einzigartigen vorbildlichen Einrichtung für ganz Deutschland und dankte allen, die

das neue Werk finanziell unterstützten. Als Zeichen der Anerkennung überreichte er Dr. Glöckler die Ernennung zum außerordentlichen Professor, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager übermittelte die Glückwünsche der Stadtverwaltung und Rektor Dr. Gutbier übernahm das neue Laboratorium in den Schutz der Hochschule. Im Anschluß daran wurden die Räume des neuen Laboratoriums besichtigt, in dessen Vorraum auf zwei Tafeln die Namen der Stifter verzeichnet stehen.

Der Verkehr auf dem Neckar.

(Stuttg.) Heilbronn, 8. März. Im Jahr 1921 herrschte auf dem Neckar folgender Verkehr: Talverkehr im Ganzen 22 621 Tonnen, davon Kaufmannsgüter 65 T., Salz 22 558 T. (1920: 111 197 T.), Bergverkehr im Ganzen 8033 T., davon Kaufmannsgüter 2361 (8712) T., Kohlen und Koks 4797 (44 461) T.; nach Stationen des unteren Neckars 875 (1624) T.; Gesamtverkehr zu Tal und zu Berg 30 650 T. Zahl der Flöße ab Heilbronn: 83 mit 32 554 Festmeter, der Schlepplüge von Mannheim nach Heilbronn 45, nach Zwischenstationen 4. Dieser äußerst schlechte Verkehr ist durch die ungewöhnliche Trockenheit des Jahres 1921 zu erklären. Der Verlust der Neckarschiffer an Verdienstaussfall und Schäden war außerordentlich groß, namentlich sind manche Holzschiffe überhaupt nicht mehr verwendbar.

Konstanz als internationaler Flugzeughafen.

(Stuttg.) Vom Bodensee, 10. März. Dieser Tage fand auf dem Rathaus in Konstanz eine vorbereitende Sitzung statt, an der u. a. teilgenommen haben: der Direktor des bairischen Luftloyd v. Grimmschütz-München, der Direktor der Firma Junker-Leisau, Angermund-München, Oberbürgermeister Dr. Mörike und Amtmann Kohlhepp-Konstanz und Vertreter des Vereins für Luftschiffahrt Konstanz. Gegenstand der Beratungen war Aufrechterhaltung und weiterer Ausbau des Flugwesens und der Flugstation Konstanz. Die Beratungen hatten folgendes Ergebnis: Am 1. April wird eröffnet: 1. die vorjährige Linie München-Konstanz mit Weiterführung als neue Linie Zürich-Genf, von wo aus voraussichtlich Anschluß nach Spanien erfolgt und zurück; 2. Die neue Linie Fürth (Nürnberg)-Konstanz-Fürth. Diese Linie hat in Konstanz Anschluß an die Linie nach der Schweiz und München, ferner in Fürth an die Linie Berlin-München-Berlin, von Berlin aus Anschluß an die Linie nach Hamburg zur Küste und an die Linie Berlin-Stettin, von wo aus wieder Anschluß an die Linie Stettin-Danzig-Königsberg-Riga erfolgt, ferner an die Linie Stuttgart-Fürth-Stuttgart, die im vergangenen Jahre von Strähle-Schorndorf eingerichtet war, wieder auf neuer Grundlage zu fliegen und möglichst ebenfalls am 1. April zu eröffnen, schweben noch Verhandlungen. — Alle diese Linien — mit Ausnahme Stuttgart-Fürth, die von Stähle geflogen wird — werden mit 6-Sitzigen verspannungslosen Junkerschen Metallflugzeugen besfliegen.

(Stuttg.) Stuttgart, 10. März. Der im hiesigen Karlo-Olga-Krankenhaus im Alter von 62 Jahren verstorbene Baron zu Putlitz wurde im Jahre 1892 von König Wilhelm mit der Leitung des württ. Hoftheaters betraut. Vorher war er Offizier, hatte sich aber mit dem Bühnenwesen wie sein Vater eingehend beschäftigt. Um die künstlerische Entwicklung der Stuttgarter Bühne in Oper und Schauspiel hat er sich während seiner 26jährigen Tätigkeit große Verdienste erworben. In seine Amtsdauerzeit fiel der Brand des Hoftheaters am Schlossplatz (Januar 1902) und die Einweihung der beiden neuen Häuser im Herbst 1912. Nach der Revolution trat er von seinem Amte zurück und wurde bald darauf Präsident des Deutschen Bühnenvereins in Berlin.

(Stuttg.) Köhndorf O.A. Neckarjhm, 10. März. Eine Witwe, Mutter von drei unmündigen Kindern, verjuchte sich mit Gas zu vergiften, indem sie den Gas Schlauch in den Mund nahm und sich auf einen Stuhl setzte. Das jüngste von den Kindern im Alter von 7 Jahren entdeckte die Mutter in der Küche, bewußtlos auf dem Boden liegend und schlug Alarm. Die Frau wurde vom Arzt noch rechtzeitig behandelt und ins Krankenhaus verbracht. Nachrungsorgen sollen die Ursache gewesen sein.

(Stuttg.) Kottensburg, 11. März. Nachdem die Maul- und Klauenseuche in den Oberämtern Tübingen und Herrenberg wieder ausgebrochen und sich im übrigen Schwarzwald stark verbreitet hat, wurde der für 20. März fällige hiesige Viehmarkt verboten.

(Stuttg.) Gerstetten, 10. März. Am Donnerstag sollte im Gasthaus zum „Röfle“ ein von der Gemeinde ausgeschriebener Beigeholzverkauf stattfinden. Längst vor Beginn der angeetzten Zeit war kein Plätzchen mehr zu finden. Ungebuldig der Dinge harrend, die da kommen, staute sich die Menge, Mann an Mann. In dieser Situation ergriff die Arbeitererschaft die Führung, bestimmte eine Kommission, die mit dem Ortsvorsteher verhandeln und ihm nahelegen mußte, daß das Holz nicht verkauft werden dürfe, sondern an die Bewohner verlost werden müsse, die kein Holz haben. Gleich beim Betreten des Gasthofs wurde der Ortsvorsteher von der Kommission mit Beschlag belegt und von ihm verlangt, daß der Verkauf nicht stattfinden dürfe. Nach anfänglichem Zögern willigte er ein, nahm seinen Gemeinderat, der fast vollzählig da war, beiseite, wo dann dem Verlangen der Kommission entsprochen wurde und für Scheiter 320 M., Prügel 260 M festgesetzt wurde.

(Stuttg.) Wollsea, 10. März. Zwei Hunde hatten einen kräftigen Dachs aufgestöbert. Nach vielen Kreuz- und Querprüngen fauete das geärgerte Tier durch die zufällig offen stehende Kirchentüre, und der Mesner war nicht übel erstaunt, als er solch seltsame Kirchbesucher unter den Bänken rumoren hörte. Mit Hilfe einiger anderen Männer gelang es, den Dachs in die Enge zu treiben und durch einige starke Schläge zur Strecke zu bringen.

(Stuttg.) Friedrichshafen, 10. März. Die frühere Königsjacht „Kondwiramur“ ist laut Seeblatt von Ingenieur Braun erworben worden. Sie wird angeblich den See verlassen und in der Schweiz nach Konstanz am Schwarzen Meer verfrachtet.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern 256,30 M., der Schweizer Franken 49,85 M.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Große Schwankungen der Devisenkurse charakterisierten die Lage des Geldmarktes in letzter Woche. Der amerikanische Dollar ging zeitweise über 260 M. hinauf, schloß aber knapp mit 250, nach dem letzten amerikanischen Funkspruch sogar mit 244, also genau wie vor 8 Tagen. Die Ursache dieser lebhaften Schwankungen blieb teils auf spekulativem Gebiete, teils an der Abgabe der amerikanischen Regierung wegen Besichtigung der Konferenz von Genäva, teils auch an Gerüchten, daß Rathenau doch noch Ausschichten bestimme, Deutschland eine Erleichterung in Genäva zu verschaffen. 100 deutsche Mark kosteten am 9. März in Zürich 2,06 (am 2. März 2,14) Franken; in Amsterdam 1¼ (1,08 Gulden, in Kopenhagen 1,92 (1,98), in Stockholm 1,55 (1,65) Kronen; in Wien 2884,50 (2784,50), in Prag 2487,50 (2535,50) Kronen und in Newyork 0,41 (0,41) Dollar.

Börse. Fallende Devisenkurse, fallende Börsenkurse. Das ist allmählich zum Dogma geworden: sobald unsere internationale Geltung in Form der Baluta sich zu bessern beginnt, fängt die Stimmung an den deutschen Börsen an, sich zu verschlechtern. Bankaktien, Textilwerte, Maschinenpapiere, Montanaktien, kurz alles, fing zum Schluß der Berichtswochen zu fallen an und büßte mehr als die Kursgewinne ein, die in den letzten 8 Tagen erzielt worden waren. Offenbar ist aber auch ein großer Teil des Publikums mit Spekulationen überfättigt; ziemlich gut gehalten waren wieder die Anlagepapiere, 4 % Württ. Staatsobligationen sogar auf 81 erholt.

Produktenmarkt. Anfangs der Woche gab es eine stürmische Haufe in Landesprodukten aller Art, mit sprunghaften Aufwärtsbewegungen. Dann wurde die Stimmung etwas ruhiger und die Spekulationskäufe ließen nach. Aber gegen den Stand vor acht Tagen ist immer noch ein erheblicher Preisausschlag zu verzeichnen. Am 9. März notierten in Berlin Weizen 660—665 (plus 40), Roggen 505—506 (plus 25—30), Gerste 520—525 (plus 70), Hafer 470 bis 475 (plus 50), Mais 430 plus 30) M. An der letzten Stuttgarter Landesproduktenbörse ist Heu wiederum um 40 M. auf 440 bis 460 und Stroh weiter um 10 M. auf 160—170 M. für den Doppelpentner gestiegen.

Warenmarkt. Da und dort hört man die Hoffnung laut werden, daß auf dem Warenmarkt ein großer Preisrückschlag nahe bevorstehe. Wir vermögen dafür noch keine bestimmten Anzeichen zu erkennen, es wäre denn, daß der deutsche Markturs im Ausland sich noch ganz anders erhobte als während der letzten 48 Stunden. Vorläufig zeigt sich im Gegenteil überall ein weiteres Anschwellen der Feuerungswelle. Die Preisschraube ist in den letzten 8 Tagen wieder kräftig angezogen worden. In Kohle, Eisen und sämtlichen Eisenzeugnissen, Textilwaren, Häuten, Leder, Schuhen und Lebensmitteln aller Art. Die einzelnen Zahlen zu nennen verlohnt schon nicht mehr, weil sie ja doch nur wenige Tage lang gelten. Die Gesteinungskosten auf allen Gebieten der Warenerzeugung nehmen zweifellos zu. Solange hier keine Wendung eintritt, kann auch von einem Preisabbau keine Rede sein.

Viehmarkt. Auch diese Woche brachte weiterhin anziehende Preise. Das Land ist voll von Vieh, aber es geht zuviel über die Grenze; man braucht nur das Treiben auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt aus der Nähe zu betrachten. Die letzten Pferde- und Viehmärkte auf dem Lande zeigen feste Preise für Nutz- und Zuchttiere.

Holzmarkt. Die starke Nachfrage nach Brennholz, Bauholz und Brettern ist bei beständig weiter steigenden Preisen kaum zu befriedigen. Auch auf den Versteigerungen herrscht die Hauffestimmung an. Sie wird zum Teil begünstigt durch die Tatsache, daß unsere Staatsforstverwaltungen im Reiche große Holzlieferungen an die Entente als Reparationsleistung übernehmen mußten.

Bank, Handel und Industrie.

(SGB.) Stuttgart, 9. März. In der Generalversammlung der Stuttgarter Straßenbahnen-A.G. am 30. März soll das Aktienkapital um 9 Mill. M. erhöht werden, weil die Erweiterung der Straßenbahnanlagen (Fellbach und Baihingen a. F.) bevorsteht.

Allgäuer Pelzmarkt.

(SGB.) Wolschach, 10. März. Der von verschiedenen Jagdherrschaften des Oberlandes seit einigen Jahren hier veranstaltete gemeinsame Verkauf von Wildfellen, der sog. Allgäuer Pelzmarkt, erfreute sich eines sehr guten Besuches. Verkauft wurden drei Edelmarder (durchschnittlich 3500 M.), 1 Steinmarder (2800 M.), 10 Füchse (1100 bis 1150), ein Prachtfuchs aus den Oberstdorfer Bergen erzielte sogar 1700 M., 7 Iltisse (550 M.), 24 Dachse (207 M.), 870 Hasen (57 M.), 291 Rehe (115 M.), 16 Gemsen (119 M.), 58 Hirsche (133 M.). Die Preise waren die höchsten, die

Jemals bei einer Süddeutschen Versteigerung erreicht wurden.

Konkurse.

Der Rückgang in der Zahl der Konkursöffnungen, der seit einigen Monaten zu beobachten ist, hat sich im Februar 1922 nicht fortgesetzt, wenn man in Betracht zieht, daß dieser Monat einige Tage weniger zählt als die übrigen. Es sind nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank“ im Februar 128 Konkurse eröffnet worden gegen 129 im Januar und 236 im Februar vorigen Jahres.

Märkte.

Pferde und Vieh.

(SGB.) Ulm, 11. März. Der Pferdemarkt war gut besucht; der Handel lebhaft. Es kosteten schwere junge Zugsperde 40—55 000 M., schwerere ältere Zugsperde 8 000 bis 18 000 M., jüngere Pferde mittleren Schlags 30—40 000 Mark, ältere Pferde mittleren Schlags 8—15 000 M., Fohlen 1—2jährig 15—30 000 M.

Literatur.

„Oberdeutschland“, eine Monatszeitschr. für jeden Deutschen. Verlag „Oberdeutschland“ (Stredter u. Schröder) GmbH. Stuttgart.

Das soeben erschienene Märzheft (Nr. 6), mit dem diese ausgezeichnete, zur bedeutenden Geltung gelangte Monatschrift das zweite Halbjahr des dritten Jahrgangs beschließt, enthält wiederum eine Fülle erlebter rechtlicher und bildlicher Beiträge. Aus dem Inzitat erwähnen wir: Univ.-Prof. Dr. Fritz Kerna, Rom: Gemeinwesen der Rückgratlosen; Prof. Dr. Georg Wolfram, Frankfurt a. M.: Sind die Elsäßer Kelten?; Wilhelm Schuster, Müllersheim und das Sängertum; (Ergählung); Marcel Dornier, Joseph Christoph Erhard, ein vergessener Romantiker; Kochmals „Die traurige Wissenschaft“; Briefe zwischen Herrn Prof. Dr. Hermann Schneider-Tübingen und der Schriftleitung; Dr. Hermann Hejels, Ueber Lyrik und einige neuere Lyriker; Tagebuch: Franzosen u. solche, die es gerne scheinen möchten — Kommisstücke — Feiertägliches — Ein Idyll aus der guten alten Zeit — Der Reichsdeutschwart; Hans Reising, Ein unheimliches Schwabenbuch; P. Schmidt-Altona, Nachwort zu Eduard Hofferts Ehrenrettung; Fortmeister Otto Feucht, Bücher über Natur und Heimat; Hermann Wissenharter, Literarische Anmerkungen. Gedichte sind von Isolda Kurz, Franz Michel Willam und Gertrud Lauffs veröffentlicht.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der A. Völklinger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung.
Die städtischen Rechnungen von 1919 und 1920 sind zur allgemeinen Einsicht auf dem Rathaus Zimmer Nr. 6 eine Woche lang aufgelegt.
Calw, den 13. März 1922.
Stadtschultheißenamt: Göhner

Neubulach.
Jagd-Verpachtung.
Die hiesige Gemeindefagd ca. 400 ha umfassend wird am Samstag, den 18. März ds. Js. Nachmittags 3 Uhr auf dem hiesigen Rathaus auf weitere 6 Jahre im öffentlichen Aufstreich auf dem Rathaus verpachtet und sind Liebhaber eingeladen.
Neubulach, den 11. März 1922.
Stadtschultheißenamt: Müller.

Tücht. Buchhalter
erfahren in Detail und Großverkauf, bilanzsicher, per sofort oder später gesucht. Gehaltsansprüche und Zeugnisabschriften erbeten an
Südd. Del- u. Fettwaren-Industrie Calw
Inh.: Wilhelm Haaf, Biergasse Nr. 124.

Wichtig
Vertrauenssache ist der Einkauf von Gemüse- u. Blumensamen da man dem Samen die Güte nicht gleich beim Kauf ansehen kann. Durch persönliche Beziehungen sind wir in der Lage,
Sämereien der bekannten Samen-zucht- und Gartenbau-Firma G. Schröder, Salzwedel anzubieten und zu empfehlen
Nur Ritterdrogerie Calw.

Wichtig
Vertrauenssache ist der Einkauf von Gemüse- u. Blumensamen da man dem Samen die Güte nicht gleich beim Kauf ansehen kann. Durch persönliche Beziehungen sind wir in der Lage,
Sämereien der bekannten Samen-zucht- und Gartenbau-Firma G. Schröder, Salzwedel anzubieten und zu empfehlen
Nur Ritterdrogerie Calw.

Wichtig
Vertrauenssache ist der Einkauf von Gemüse- u. Blumensamen da man dem Samen die Güte nicht gleich beim Kauf ansehen kann. Durch persönliche Beziehungen sind wir in der Lage,
Sämereien der bekannten Samen-zucht- und Gartenbau-Firma G. Schröder, Salzwedel anzubieten und zu empfehlen
Nur Ritterdrogerie Calw.

SCHMID u. BUCHWALDT PFORZHEIM
WESTLICHE 23 EINE TREPPE
FLÜGEL-PIANOS HARMONIUMS
STIMMEN-REPARATUREN KAUF-TAUSCH-MIETE

Tüchtiges, solides
Mädchen
auf 1. April gesucht
von Frau Ernst Kirchner.

In eine kleine Haushaltung (2 Personen) wird eine
Monats-Frau
auf 1—2 Tage in der Woche bei sehr guter Bezahlung gesucht.

Angebote auch von auswärts, Stammheim etc. nicht ausgeschlossen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche per sofort einen jüngeren, fleißigen
Knecht,
der auch im Langholzfuhrwerk bewandert ist.
Ludwig Jäck, Sägewerk Unterreichenbach.

Tiefschwarz glänzt im Nu mit
Pilo
der Schuh

Sucht jüngeres Fräulein als Kochfräulein oder Zimmermädchen in einem Hotel bis 1. Mai. Angebote unter W. E. 60 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Sucht jüngeres Fräulein als Kochfräulein oder Zimmermädchen in einem Hotel bis 1. Mai. Angebote unter W. E. 60 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Sucht jüngeres Fräulein als Kochfräulein oder Zimmermädchen in einem Hotel bis 1. Mai. Angebote unter W. E. 60 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Zugelaufen ist mit am Mittwochabend ein
Forsterriever
(Müde mit gelb. Abzeichen) Abzuholen gegen Futtergeld und Einrückungsgebühr innerhalb 8 Tagen bei Karl Rein, Maurerstr., Althengstett.

Heu u. Stroh verkauft.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

„Nissin“ gegen Kopfläuse. Nichts anderes nehmen! Fr. Lamparter, Calw.

Einen getragenen, schwarzen
Behrodanzug
hat im Auftrag zu verkaufen Schüle, Vorstadt.
Einen eisernen
Flaschenschrank
Größe 2x1,5x0,7 m verkauft.
Emil Georgii.

Öffentlicher Vortrag
am Dienstag, den 14. März, abends 8 Uhr im Saal der Brauerei Dreiß von Herrn J. A. Hoyer aus Graz über
„Das Schicksal von 6 Millionen Auslandsdeutschen“.
Jedermann ist hiezu freundlichst eingeladen.
Alldeutscher Verband, Ortsgruppe Calw.

Alzenberg, den 12. März 1922.
Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die mir während der langen Krankheit und bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters und Großvaters

Johannes Rentchler
in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir allen herzlichsten Dank. Besonders danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Schmiech und des Veteran Holzäpfel, für den Gesang des Männergesangsvereins Alzenberg, sowie den Militärvereinen Alzenberg und Alzenberg für die Kranzspenden, den Herren Ehrenträgern und für die so zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Paris, Delegation Frankreich hat folgende Instruktion ben für bis zu m Dollar Ausnahme samten D und wah Heer voll deckt. Unt Vereinigte Kosten für zu erhalten Was die struktion nigten S sie aber hält, kein Einzelheit den, nicht der Repa Paris, aus Wash ment m nigte n der B e werde als ameri kanien gewöhnli Noo Paris, außer der 241 Mill Millionen kanien reicht we

Zwei
Tagelöhner
auf sofort gesucht.
Zu erfragen
Ernstmühl Nr. 170 (Villa Weylein).

Londobrichten, Seite erkl ierten, d Deckung i die Allie ihre Abl werde ni „Times“ nicht die feshafte ton werd auf gewi

Nr. 6
Erleben
Reklamen
Die Verhan
schaftsorg
g e l u n g
zu einer G
Vittel für
rife be
In dem Ge
Beamten
Trotz der
Genau m
Amerika ha
sahungsst
jeht auf
Vorstoßes
verschiede
mit dem
auf ihre
immer wi
einmal an
England
es doch g
Der W
Paris,
Delegierte
Frankreich
hat folgen
Kabeltelegr
Instruktion
ben für r
bis zu m
Dollar
Ausnahme
samten D
und wah
Heer voll
deckt. Unt
Vereinigte
Kosten für
zu erhalten
Was die
struktion
nigten S
sie aber
hält, kein
Einzelheit
den, nicht
der Repa
Paris,
aus Wash
ment m
nigte n
der B e
werde als
ameri
kanien
gewöhnli
Noo
Paris,
außer der
241 Mill
Millionen
kanien
reicht we